

Die Wut auf Banken wächst

Pater Alt warnt vor Folgen ungerechter Lastenverteilung



NÜRNBERG - Kann die Transaktionssteuer die Finanzmärkte wieder zügeln? Mit dieser Frage beschäftigt sich am Freitag und Samstag eine Fachtagung der Katholischen Akademie C.-Pirckheimer-Haus in Kooperation mit der Jesuitenmission Nürnberg. Wir sprachen mit dem Jesuitenpater und Sozialwissenschaftler Jörg Alt, der sich mit Nachdruck für diese Steuer ausspricht.

Die Finanzkrise und ihre Folgen - glauben Sie, dass es zurzeit besonders gerecht zugeht auf dieser Welt?

Alt: Nein, sicher nicht. Es scheint, als würden in der aktuellen Krise die Finanzmärkte die Politik vor sich hertreiben. Folge ist, dass die Kosten für das Rettungspaket von der Politik und damit von den Steuerzahlern getragen werden müssen und die Banken, die inzwischen wieder gute Geschäfte machen und hohe Boni zahlen, ungeschoren davonkommen - das nenne ich nicht gerecht. Allerdings scheint es, dass die Bundesregierung jetzt aufgewacht ist.

Wie kam es zu dieser Schiefelage?

Alt: Die aktuelle Entwicklung ist Ausfluss der neoliberalen Deregulierung der Märkte. Jetzt merken die Politiker, dass diese entzügelten Märkte so nicht mehr zu steuern sind. Wir brauchen daher neue Regeln. In Deutschland können wir dabei auf das bewährte Konzept der sozialen Marktwirtschaft zurückgreifen. Jetzt sollte es darum gehen, dieses Konzept auch global zu verankern.

Die Bankenabgabe ist beschlossen, eine Finanzmarktsteuer soll kommen - reicht das?

Alt: Man darf sich da nicht täuschen lassen. In der Öffentlichkeit werden nur zwei, drei Maßnahmen diskutiert. Tatsächlich ist das auf den Weg gebrachte Paket der Bundesregierung und der EU aber deutlich umfangreicher und viel komplexer. Wichtig ist allerdings, dass jetzt bei der Bekämpfung der Krisen und ihrer Ursachen ein globaler Konsens gefunden wird, die Staaten müssen untereinander abgestimmt agieren.

Wie optimistisch sind sie, dass das passiert?

Alt: Ich bin kein Prophet und kein Wirtschaftswissenschaftler. Aber wer hätte noch vor einem Monat gedacht, dass sich diese Regierung zu einem Verbot von allzu riskanten Aktienwetten oder zu einer Finanztransaktionssteuer durchringen würde, die alle Finanzgeschäfte mit einer Steuer belegt und so dazu beitragen kann, die Spekulation einzudämmen.

Mit der Kampagne »Steuer-gegen-Armut« und einer eigenen Bundestagspetition sind sie vehement für diese Steuer eingetreten. Warum?

Alt: Diese Steuer auf Finanzgeschäfte hat nicht nur eine Einnahmefunktion, sie hat auch eine Lenkungs Aufgabe. Sie sorgt darüber hinaus für eine Entschleunigung der Märkte, also dafür, dass Geschäfte nicht mehr nur allein über Computer abgewickelt werden, sondern dass die Händler wieder mehr nachdenken über das, was sie tun. Sie ist schließlich auch ein symbolisches Instrument für den Versuch, die Missstände wieder in den Griff zu bekommen. Immerhin ist es gelungen, weit über 60000 Unterschriften zu sammeln und damit die Bundesregierung ein Stückweit in Zugzwang zu bringen. Immerhin steht die Aussage von Bundesfinanzminister Schäuble, dass diese Finanztransaktionssteuer kommen wird.

Was passiert, wenn es nicht gelingt, Gerechtigkeit herzustellen?

Alt: Die starke Zustimmung zu unserer Petition zeigt, wie groß der Unmut in der Bevölkerung über die Finanzkrise, deren Ursachen und deren Bekämpfung geworden ist.

Wenn die Politik weiterhin ein zahnlöser Tiger bleibt und es nicht gelingt, einen gerechten Weg zu finden, der die Verursacher solcher Krisen angemessen an den Folgen beteiligt, dann werden bald auch bei uns Barrikaden brennen wie in Athen. Die Stimmung in der Bevölkerung wird zunehmend aggressiver.

Interview: Klaus Wonneberger

27.5.2010

© NÜRNBERGER NACHRICHTEN

